

Nachrichten

Vier Tage Waffenruhe in Syrien?

Istanbul/Beirut. In Syrien sollen von heute an die Waffen vier Tage lang schweigen. Auch die syrische Armee stimmte der von den Vereinten Nationen unterstützten Waffenruhe gestern Abend zu. Sie soll mit Beginn des islamischen Opferfestes Eid al-Adha in Kraft treten. Die Armee behielt sich aber vor, auf Verstösse gegen die Feuerpause von anderer Seite zu reagieren. Beobachter sind jedoch skeptisch, ob die Waffenruhe tatsächlich halten wird. DPA

Waffenruhe mit Gazastreifen vereinbart

Jerusalem. Nach einem heftigen Aufflammen der Kämpfe zwischen Israel und Hamas-Extremisten im Gazastreifen haben sich beide Seiten auf eine Beilegung der Angriffe geeinigt. Die inoffizielle Waffenruhe sei unter Vermittlung Kairos zustande gekommen. DPA

Milliardär Iwanischwili als Premier vereidigt

Tiflis. Über drei Wochen nach dem Wahlsieg der Opposition in Georgien ist der Milliardär Bidsina Iwanischwili nun Premier der Südkaukasusrepublik. Damit ist der Machtwechsel perfekt. Die Partei von Präsident Michail Saakaschwili wechselte nach ihrer Wahlniederlage in die Opposition. DPA

CSU-Sprecher stolpert über Medienskandal

München. Nach dem Vorwurf versuchter Einflussnahme auf das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) hat der Sprecher der deutschen Christsozialen (CSU), Hans Michael Strepp, seinen Posten aufgegeben. Strepp soll mit einem Anruf in der «heute»-Nachrichtenredaktion von ZDF versucht haben, einen Fernsehbericht über den bayrischen SPD-Parteitag mit der Kür des Oppositions-Spitzenkandidaten Christian Ude zu verhindern. DPA

Amnesty prangert Gewalt bei Demos in der EU an

London. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International beklagt eine zunehmend unverhältnismässige Polizeigewalt bei Demonstrationen in Ländern der EU. Sie beruft sich unter anderem auf Proteste gegen Sparmassnahmen der Regierungen in Athen, Madrid und Bukarest. DPA

Ein Etappensieg für Schäuble

Der Bundestag stimmt dem Steuerabkommen mit der Schweiz erwartungsgemäss zu



Rhetorischer Einsatz. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) las einigen Vertretern der rot-grünen Opposition die Leviten. Foto Keystone

Von Patrick Marcolli, Berlin

Nein, neue Argumente gab es in der Debatte um das Steuerabkommen mit der Schweiz gestern im Bundestag nicht zu hören. Allzu lange schon wird um dieses Vertragswerk gestritten, mit dem bisher unversteuerte deutsche Vermögen auf Schweizer Banken rückwirkend besteuert und alle Vermögen künftig so besteuert werden sollen, als ob sie auf deutschen Geldinstituten deponiert wären. Längst haben Regierung und Opposition ihre jeweiligen Positionen bezogen und argumentativ untermauert. Entsprechend erwartungsgemäss fiel das Abstimmungsergebnis aus: Mit 312 zu 256 Stimmen sagte das deutsche Parlament Ja zum Steuerabkommen. Nun muss das Geschäft in die Länderkammer, wo angesichts der dortigen Mehrheiten mit einem Nein zu rechnen ist – und damit mit einem endgültigen Scheitern des Vertrags.

Emotional und vereinfachend

Neu war gestern jedoch der Ton, mit dem die Debatte geführt wurde. Harsche Töne hatte es bei der ersten Lesung im Bundestag nicht gegeben, bislang wurde nur über die Medien mit harten Bandagen gekämpft. Gestern wurde teilweise so emotional und vereinfachend argumentiert, dass sich Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) am Anfang seines Redebeitrags genötigt sah, die Opposition zu ermahnen, «die

Nachbarn mit Respekt zu behandeln». Tatsächlich hatte sich vor allem Joachim Poss als Sprecher der Sozialdemokraten in einen Furor geredet. Schäuble habe sich mit dem Abkommen «zum Komplizen der Schweizer Banken und deren Weissgeldstrategie gemacht», sagte er. Das Abkommen bedeute eine «Legalisierung der Steuerhinterziehung». Deutschland müsse als wichtigster Handelspartner der Schweiz doch einen Weg finden, um besseren Zugriff auf seine Steuersünder mit Geld in der Schweiz zu bekommen. «Das Abkommen ist löchrig wie ein Schweizer Käse», schloss Poss. Die Wahrung der Anonymität für Steuersünder sowie die

Möglichkeit für «Abschleicher», ihre Vermögen noch vor einem allfälligen Inkrafttreten des Abkommens in andere Steueroasen zu verfrachten – das sind die wichtigsten Kritikpunkte der rot-grünen Opposition. Der Grüne Gerhard Schick sagte ausserdem, dass der bilaterale Weg die Bemühungen um eine gesamteuropäische Lösung im Kampf gegen die Steuerhinterziehung verzögere oder letztlich gar torpediere.

«Maximale Gerechtigkeit»

Dies konnte die schwarz-gelbe Koalition natürlich so nicht stehen lassen. Volker Wissing, Finanzexperte der FDP, verteidigte das Abkommen heftig und wies die Opposition zurecht: Ein «verbales Aufrüsten gegen die Schweiz» sei kein seriöser Beitrag zur Lösung des ernststen Problems der Steuerhinterziehung. Der vorliegende Staatsvertrag hingegen bringe «maximale Gerechtigkeit» und verunmögliche Steuerhinterziehung mit der Schweiz.

Schäuble betonte, dass mit dem Abkommen Rechtssicherheit entstehe und Deutschland nicht auf das schlechtere Mittel von CD-Ankäufen zurückgreifen müsse. Sollte das Abkommen nicht auf den 1. Januar in Kraft treten und scheitern, so gäbe es «auf längere Zeit» kein neues Abkommen. Als Schäuble geendet hatte, wurde es noch einmal richtig emotional: Der grüne Fraktionsvorsitzende Jürgen Trittin griff ihn frontal an und warf ihm unter anderem vor, «mit aller Gewalt» das antiquierte Bankgeheimnis in die Zukunft retten zu wollen. Schäuble quittierte diesen Angriff mit einem Lächeln und verwies knapp und süffisant auf Trittins aktuelles Bemühen, Spitzenkandidat seiner Partei für die Bundestagswahlen zu werden.

«Ich spürte eine eher verhaltene Hoffnung»



Daniela Schneeberger.

Berlin. Hauptthema war das Steuerabkommen. Die siebenköpfige Gruppe aus Bern traf unter anderem mit Finanzminister Wolfgang Schäuble

Berlin. Die Baselbieter Nationalrätin Daniela Schneeberger (FDP) weilt als Mitglied der parlamentarischen Delegation für die Beziehungen zum Bundestag am Mittwoch und Donnerstag in

(CDU) und Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) zusammen. Beide, so Schneeberger zur BaZ, scheinen nach wie vor «eine eher verhaltene Hoffnung» zu hegen, dass Rot-Grün das Steuerabkommen doch noch akzeptieren werde. «Schäuble versicherte uns jedenfalls, dass er bis zum Schluss für den Staatsvertrag kämpfen werde», sagt Schneeberger. Der Finanzminister habe als Option nach einem allfälligen Nein im Bundesrat (der Länderkammer) noch den Vermittlungsausschuss zwischen den Kammern erwähnt, doch dies sei die wirklich allerletzte Möglichkeit. map

Kommentar

Nur eine kleine Pause

Von Patrick Marcolli, Berlin



Es ist in diesen Tagen unschwer zu erkennen: Die rot-grüne Opposition in Deutschland verschärft ihren Ton. Die Wahlen rücken näher. Und in den Sog dieser Bundestagswahlen 2013 gerät immer mehr das Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland. Geschieht nicht ein politisches Wunder – zum Beispiel, dass ein rot-grün geführtes Bundesland angesichts verlockender Mehreinnahmen in Milliardenhöhe «kippt» –, so wird das Abkommen Ende November in der Länderkammer zu Fall gebracht. Wie sonst könnte die Opposition unter SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück sich ohne Schamröte im Gesicht für eine verstärkte Regulierung der Finanzmärkte starkmachen? Aber auch wenn dieses umstrittene bilaterale Vertragswerk doch noch zustande käme: Dem Finanzplatz Schweiz würde lediglich eine kleine Verschnaufpause gewährt. Ein Sprecher von CDU/CSU sprach dies gestern im Parlament erstaunlich offen aus: Das Abkommen sei «nicht für alle Zeiten, aber ein Zwischenschritt». Sprich: Das Bankgeheimnis wird – ganz neutral betrachtet – längerfristig unter immer stärkerem internationalem Druck nicht zu verteidigen sein, alles scheint auf den automatischen Informationsaustausch hinauszu laufen. Die Euro-Krise und der erhebliche Anteil der weltweit tätigen Geldinstitute an der globalen ökonomischen Schiefelage beschleunigen diese Entwicklung enorm. patrick.marcolli@baz.ch

ANZEIGE

Wochenend-Knaller!

Gültig am Freitag + Samstag

20% auf alle Weine* - auch auf bestehende Aktionspreise!

Gültig in allen Denner Verkaufsstellen und unter www.denner-wineshop.ch

*ausgenommen Schaumweine und Bordeaux Primeurs 2010. Solange Vorrat. Nicht mit Gutscheinen, Bons und Rabatten bei Neueröffnungen und Weinmessen kombinierbar.



20% auf alle Lindt-Artikel* - auch auf bestehende Aktionspreise!

Gültig in allen Denner Verkaufsstellen und unter www.denner-wineshop.ch

*nicht mit anderen Gutscheinen und Bons kombinierbar. Solange Vorrat.



Einer für alle DENNER